

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Rpt., bei Lieferung frei Haus 55 Rpt. Postbezug monatlich 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsansgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 5 — für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stello.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimanteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. — D. A. XL: 2250 Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 291

Mittwoch, den 14. Dezember 1938

90. Jahrgang

Eine ermutigende Entwicklung

Chamberlain vor der Vereinigung ausländischer Journalisten

Auf dem Essen anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens der Vereinigung ausländischer Journalisten in London hielt Ministerpräsident Chamberlain eine Ansprache, in der er die britische Politik des Jahres 1938 erläuterte.

Eingangs erklärte er, es hätte ihm angesichts einer Lage, in der die Beziehungen zwischen England einerseits und Deutschland und Italien andererseits sich sehr schnell verschlechterten und hierdurch allmählich das Vertrauen Europas auf die Erhaltung des Friedens zerstört wurde, nur zwei Alternativen offengehalten. Die eine habe darin bestanden, den Krieg als unvermeidlich zu betrachten, die andere sei die gewesen, eine langandauernde und geschlossene Anstrengung zu machen, um die möglichen Ursachen eines Krieges zu beseitigen, währenddessen in der gleichen Zeit aber stetig mit der Wiederaufrüstung fortzufahren. Er habe sich zum zweiten Weg entschlossen.

Sein Ziel sei nicht nur der Friede, sondern das Vertrauen darauf, daß der Friede erhalten werden könne.

Chamberlain wandte sich dann gegen die Kritiker im eigenen Land und legte Wert auf die Feststellung, daß die Handlungen der britischen Regierung nicht ohne Erfolg gewesen seien. Das englisch-italienische Abkommen habe die Wege geschlossen, die „unglücklicherweise für die Dauer einer gewissen Zeit die alte Freundschaft zwischen England und Italien unterbrochen habe“. Im September sei das Münchener Abkommen erfolgt, auf das die englisch-deutsche Erklärung folgte. Nach angemessener Frist habe das zu der ergänzenden französisch-deutschen Erklärung geführt. Chamberlain nannte dann noch das englisch-amerikanische Handelsabkommen.

Zu weniger als zwölf Monaten seien also fünf größere internationale Abkommen erfolgt, von denen drei zwischen demokratischen und autoritären Staaten geschlossen worden seien, was ermutigend sei.

Er sei sich dessen wohl bewußt, daß das Münchener Abkommen in gewissen Kreisen nicht als Beispiel für eine Zusammenarbeit, sondern als eine Niederlage für die Demokratie bezeichnet worden ist. Das merkwürdige sei, daß diese Charakterisierung von denen gegeben werde, die stolz darauf seien, sich selbst Demokraten zu nennen.

Solche Charakterisierungen erweisen der Demokratie aber keinen Dienst, geschweige denn den Chancen weiterer internationaler Zusammenarbeit.

Der Ministerpräsident verwies an dieser Stelle nochmals darauf, welche Alternative durch das Münchener Abkommen gegenstandslos gemacht worden sei.

Chamberlain glaubte dann, in Zusammenhang mit diesem Thema kritischer auf den Ton der deutschen Presse eingehen zu müssen, da sie den früheren Ministerpräsidenten Baldwin jetztdelt habe. Diese Äußerung Chamberlains ist um so unverständlicher, als die deutsche Presse lediglich höchst überflüssige und unerbetene Einmischungsversuche Baldwin's in innerdeutsche Angelegenheiten zurückgewiesen hat.

Im weiteren Verlauf seiner Ansprache kam Chamberlain auf seine bevorstehende Italienreise zu sprechen, bei der er, wie er erklärte, mit Mussolini alle Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse besprechen werde. Chamberlain wehrte sich dann dagegen, daß man aus seiner Politik die Absicht herauslese, das nationalsozialistische oder das faschistische System an sich zu begünstigen.

Chamberlain ging dann auf die britische Aufrüstung ein und widmete sich weiter besonders den Beziehungen Englands zu Frankreich und den USA.

Chamberlain läßt sich nichts vorschreiben

Die Mandatsfrage im Unterhaus

Der Abgeordnete Sandys stellte im englischen Unterhaus an Ministerpräsident Chamberlain das Ersuchen, eine Versicherung abzugeben, daß die englische Regierung in keine Verhandlungen mit irgendeiner fremden Macht über die Abtretung irgendwelchen britischen Gebietes oder Protektorates oder Mandatsgebietes eintrete, ohne vorher die Zustimmung des Unterhauses erhalten zu haben.

Chamberlain erwiderte, daß er der Versicherung, die der Kolonialminister in seiner letzten Rede abgegeben habe, nichts hinzuzufügen habe. Der Abgeordnete Sandys stellte fest, daß die Rede des Kolonialministers keine derartige Verpflichtung enthalte und fragte den Ministerpräsidenten, ob er somit keine besondere Versicherung abgeben wolle. Chamberlain erwiderte jedoch, daß er diese Verpflichtung nicht übernehmen könne.

Das Prager Ermächtigungsgesetz

Autonomie der Slowakei bleibt unberührt.

Dem Prager Parlament wurde das Ermächtigungsgesetz vorgelegt. Danach wird der Staatspräsident im Einvernehmen mit der Regierung das Recht erhalten, auch Änderungen der Verfassung vorzunehmen, wenn diese notwendig werden sollten. Die Slowaken haben durchgesetzt, daß das Gesetz von solchen möglichen Änderungen alle Bestimmungen der Verfassung ausdrücklich ausnimmt, die die Autonomie der Slowakei und überhaupt alle jetzt festgelegten Beziehungen zwischen der Slowakei und der Zentralregierung betreffen. Wie bekannt war die Forderung nach dieser Ausnahme die Ursache, daß das Ermächtigungsgesetz solange nicht behandelt werden konnte.

Eine ähnliche Sicherung für die Selbstverwaltung der Karpato-Ukraine enthält das Gesetz bisher nicht. Man erwartet jedoch, daß im Laufe der parlamentarischen Verhandlungen noch eine entsprechende Einfügung im Sinne der Karpato-ukrainischen Wünsche erfolgt.

Moskau gibt Prag noch nicht frei

Pressemeldungen aus Moskau zufolge hat die Sowjetregierung in der Ukraine acht neue Rundfunksender errichtet, die vor allem die Aufgabe haben, die tschecho-slowakischen Sender zu stören. Die neuen Sowjetsender werden auf der gleichen Wellenlänge und zu den gleichen Sendezeiten funktionieren wie die tschecho-slowakischen Sender und in der Nacht gegen Prag gerichtete Übertragungen in tschechischer Sprache verbreiten. Die übrigen im Westen des Landes liegenden zwölf Sowjetsender sind beauftragt, eine ähnliche Tätigkeit zu entfalten.

Die Regierung der Sowjetunion hat ferner auf das Abhören der tschechischen Sender eine Gefängnisstrafe von 20 Jahren gesetzt.

Planmäßige Förderung des Schießwesens

Zusammenarbeit des Schützenverbandes mit der SA.

Der Deutsche Schützenverband hielt unter Leitung seines Verbandführers, des Chefs des Führungshauptamtes der Obersten SA-Führung, eine Arbeitstagung ab. Die Arbeitstagung fand ihren Abschluß mit einem kameradschaftlichen Besamensein, zu dem auch der Stabschef der SA erschienen war. In den Ansprachen wurde die Notwendigkeit enger Zusammenwirkens des Deutschen Schützenverbandes mit der SA nach einheitlichen Gesichtspunkten betont.

Luther über die Juden

Kein bitterer Feind nächst dem Teufel.

„Sie haben solch giftigen Haß wider die Götzen von Jugend auf von ihren Eltern und Rabbinern eingefoffen und saufen ihn noch in sich ohne Unterlaß, daß er ihnen . . . durch Blut und Fleisch, durch Mark und Bein gegangen und ganz und gar ihre Natur geworden ist. Und so wenig sie Fleisch und Blut, Mark und Bein ändern können, so wenig können sie solchen Stolz und Neid ändern. Sie müssen so bleiben und verderben. Darum wisse, lieber Christ, und zweifle nicht daran, daß du nächst dem Teufel keinen bitteren, giftigeren, heftigeren Feind hast als einen rechten Juden . . . Tu sie aber etwas Gutes, so wisse, daß es nicht aus Liebe noch dir zugut geschieht, sondern, weil sie Raum haben müssen, bei uns zu wohnen, müssen sie aus Not etwas tun. Aber das Herz bleibt und ist, wie ich gesagt habe . . .“

Regierungserklärung in Prag

„Vor allem Freundschaft mit dem Deutschen Reich“

Der tschecho-slowakische Ministerpräsident Beran gab im Abgeordnetenhaus in Prag die mit Spannung erwartete Regierungserklärung ab, wobei er die Notwendigkeit einer Gesundheitspolitik betonte. Nachdem sich die Grundtöne des ganzen Lebens in der Tschecho-Slowakei geändert habe, könne die Politik, die bis zur Septembekrise durchgeführt worden sei, weder in ihrem Programm noch in ihrer Methode fortgeführt werden. Im übrigen unterstrich er in der Regierungserklärung noch die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu Deutschland.

Im einzelnen führte Ministerpräsident Beran u. a. aus: Unsere internationalen Beziehungen sind heute von der neuen geographischen Lage und von den neuen Nachverhältnissen in Europa bestimmt; unsere innere Ordnung ist ebenfalls verändert. Das Verhältnis zwischen den tschechischen, slowakischen und karpato-ukrainischen Ländern wird auf neuer Grundlage geregelt. Die nationalen Ideale der Slowaken und Karpato-Ukrainer, die sie in der Vergangenheit anstrebten, sind in vollem Umfange verwirklicht worden. Wer fähig ist, die einzelnen Fehler einzusehen und aus ihnen auch unglückliche Schlüsse zu ziehen, gibt damit kein Beispiel der Schwäche.

Unsere Außenpolitik ist hinsichtlich ihrer Ziele, Mittel und des Inhalts neu. Im Zuge der Ereignisse dieses Jahres wurden nicht nur unsere Grenzen berührt, sondern es wurden zahlreiche Werte der Weltpolitik der Großmächte erschüttert, die bisher als unantastbar galten. Wir sind nicht und wollen auch nicht blind sein gegenüber diesen Veränderungen; wir werden unsere Außenpolitik den Umständen anpassen, ebenso die Wirtschafts- und sozialen Verhältnisse.

Das klare Ziel der Regierung ist: dem Staat und den Nationen den Frieden zu retten! Wir werden alle Staaten

und alle Völker achten, aber in erster Reihe werden wir unsere Interessen mit dem klaren Bewußtsein vertreten, wie es die wirkliche internationale Lage erheischt.

Es handelt sich für uns vor allem um die Herstellung eines Freundschaftsverhältnisses mit unserm größten Nachbar, mit dem Deutschen Reich. Dieses für uns so wichtige Verhältnis wartet auf eine Verbreiterung. Wir sind der Ansicht, daß durch direkte Fühlungnahme der Staatsmänner beider Länder diese Lösung beschleunigt und vertieft wird. Der Präsident der Republik, der Außenminister und ich selbst haben schon öfter erklärt, wie wir das Verhältnis zum Deutschen Reich und zum deutschen Volke zu gestalten wünschen.

Ein gutes Verhältnis wollen wir sowohl zu Polen als auch zu Ungarn anstreben. Rumänien und Jugoslawien schulden wir Dank für Freundschaft und Loyalität. Ich bin erfreut, daß sich unser Verhältnis zu Italien so entwickelt, wie es dem Wunsche unseres Volkes und der Tradition auf beiden Seiten entspricht. Wir werden beim Aufbau unseres Staates keine Anhänger der Vereinigung sein; wir werden daher die Beziehungen mit allen anderen Staaten, besonders aber mit Frankreich, England und den Vereinigten Staaten von Amerika, erhalten und vertiefen.

Zum Schluß behandelte der Ministerpräsident innerpolitische Fragen. Er setzte sich dabei für eine gesunde und geordnete öffentliche Finanzwirtschaft ein, für eine Reform der Arbeitslosenunterstützung und schließlich für die Lösung der Emigrantenfrage.

Die Emigranten, so erklärte Ministerpräsident Beran, müßten ihren dauernden Aufenthalt in Staaten mit größerer Wirtschaftskapazität suchen. Schließlich wurde in der Regierungserklärung noch die Notwendigkeit einer Lösung der Judenfrage unterstrichen.

